

## Ein Jahr Mitte-Rechts-Regierung in Belgien

**Ein Jahr nach ihrem Amtsantritt hat die Mitte-Rechts-Regierung unter Premierminister Michel bereits erste dringliche Reformvorhaben umgesetzt – trotz heftiger Proteste und Streikwellen der Gewerkschaften. Die flämischen Christdemokraten (CD&V) haben einigen Reformen ihren Stempel aufgedrückt; dennoch haben sie in der Regierung keine einfache Stellung. Insbesondere mit der regionalistischen N-VA gibt es bei sozio-ökonomischen Fragen aber auch beim Umgang mit den Flüchtlingsströmen Meinungsverschiedenheiten. Eine (erneute) Staatsreform mit einer Neuverteilung von Kompetenzen zwischen regionaler und föderaler Ebene ist in dieser Legislaturperiode kein Thema, könnte aber 2019 auf die Tagesordnung rücken.**

### Hintergrund

Am 11. Oktober 2014 trat nach fast fünfmonatigen Koalitionsverhandlungen die Mitte-Rechts-Regierung von Premier Charles Michel ihr Amt an. Die Koalition stützt sich auf 85 der 150 Abgeordneten und umfasst die französisch-sprachigen Liberalen (MR, 20 Sitze), denen auch Charles Michel angehört, und drei flämische Parteien: die Regionalisten der N-VA (33 Sitze), die Christdemokraten des CD&V (18 Sitze) und die Liberalen der Open Vld (14 Sitze). Dies ist in vielerlei Hinsicht ein außergewöhnliches Bündnis:

1. Erstmals seit 26 Jahren ist keine sozialistische Partei an der Regierung beteiligt.

2. Erstmals standen in der Koalition drei flämische Parteien einer französischsprachigen Partei gegenüber. Innerhalb des französischsprachigen Wahlkollegs ist die aktuelle Regierung mithin in der Minderheit (20 von 63 Abgeordneten). Dies ist verfassungs-

rechtlich unproblematisch, aber in Belgien ungewöhnlich. Aufgrund der paritätischen Verteilung der Ministerposten entlang der Sprachgrenze erhielt der MR genauso viele Ministerposten wie die drei niederländischsprachigen Parteien zusammen.

3. Erstmals nahm die regionalistische N-VA, die in ihrem Programm langfristig die Unabhängigkeit Flanderns anstrebt, an einer belgischen föderalen Regierung teil. Die Partei war für den MR koalitionsfähig geworden, nachdem sie auf eine erneute Staatsreform mit weiteren Kompetenzverlagerungen nach Flandern in der kommenden Legislaturperiode verzichtet hatte.

4. Die größte Partei (N-VA) verzichtete darauf, den Premierminister zu stellen. Der Parteivorsitzende Bart de Wever nahm zudem kein Ministeramt an, sondern blieb Bürgermeister von Antwerpen.

5. Entgegen dem Wunsch der flämischen Christdemokraten entschlossen sich die walonischen Christdemokraten (CDH), wegen der Beteiligung der N-VA nicht der Regierung beizutreten.

Die neue Regierung, auch „schwedische“ Koalition genannt, trat mit dem Anspruch an, verkrustete Strukturen v.a. in Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialgesetzgebung zu reformieren. Die Ziele sind: Senkung der Lohnnebenkosten, Steuer-, Renten- und Gesundheitsreformen, ausgeglichener Haushalt bis 2018.

Die Vorstellung des Regierungsprogramms stieß bei den Gewerkschaften auf heftigen Widerstand und führte Oktober bis Dezember 2014 zu einer Streikwelle in allen Provinzen des Landes.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

Oktober 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

## Die bisherige Reformbilanz

Die Regierung Michel hat bereits ein Jahr nach ihrem Amtsantritt mehrere ihrer Ankündigungen zumindest teilweise durchgesetzt: schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 66 Jahre (bis 2025) und 67 Jahre (2030), Abschaffung von Anreizen zur Frühverrentung, Maßnahmen zur verstärkten Aktivierung Langzeitarbeitsloser, erste Schritte zur Entlastung insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen, die Aussetzung der Indexierung der Löhne und Gehälter für ein Jahr, Begrenzung des Missbrauchs der Arbeitslosenunterstützung.

Nach langwierigen Debatten erzielten die Regierungsparteien auch eine grundsätzliche Einigung über eine umfassende Steuerreform (den sog. „Tax-Shift“), der insbesondere die Abgabenlast der Unternehmen, aber auch kleine und mittlere Gehälter entlasten soll. Über die Notwendigkeit einer Steuerreform waren sich zwar alle Parteien einig, doch gab es sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Ausgestaltung.

Um bis 2018 einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu können, hat die Regierung zudem umfassende Ersparnisse in nahezu allen Politikfeldern beschlossen. Der belgische Staat ist hochverschuldet; deutlich über der nach dem Maastrichter Vertrag zulässigen Grenze von 60% vom Jahresbruttoinlandsprodukt. Zu anderen Plänen gibt es keinen Konsens: so steht eine Abschaffung der Indexierung (automatische Lohnsteigerungen in Anlehnung an den Lebenshaltungsindex) aufgrund des Vetos der Christdemokraten nicht mehr auf der Agenda, ebenso wenig wie eine zeitliche Begrenzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. Andere Projekte sind umstritten, wie etwa die vor den Christdemokraten geforderte Wertzuwachssteuer.

Einige Reformen stehen durchaus in der Kontinuität zur Politik der Vorgängerregierung aus Sozialisten, Liberalen und Christdemokraten. Dennoch: Viele überfällige Veränderungen, insbesondere die Aussetzung der Indexierung, die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters oder auch die um-

fassende Steuerreform wären mit den Sozialisten unmöglich gewesen.

Gewichtige Vorhaben stehen noch an: So sind einige Details der Steuerreform (nicht zuletzt auch im Bereich ihrer Finanzierung) unklar. In anderen Bereichen (Gesundheit, Justiz, Verkehr, Verteidigung) unternahm man erste Schritte.

Auf europäischer Ebene hat der Regierungswechsel zu einer Annäherung an deutsche Positionen geführt. Die Zusammenarbeit im Europäischen Rat verläuft laut Beobachtern gut. Eine ähnliche Haltung hat die Regierung auch in den aktuellen Krisen (so bei Griechenland - N-VA-Finanzminister Johan van Overtveldt vertritt eine harte Linie gegenüber der Regierung Tsipras - oder in der Flüchtlingsdebatte). Die Regierung Michel unterstützt zudem das transatlantische Freihandelsabkommens TTIP.

## Umgang mit den Flüchtlingsströmen

Seit Beginn des Jahres wurden in Belgien über 22.000 Asylanträge eingereicht (zuletzt vor allem Iraker, zudem Syrer und Afghanen). Noch gelingt das Management, die finanziellen Folgen schlagen allerdings bereits zu Buche und erschweren das Streben nach einer schrittweisen Sanierung des Haushalts.

Die belgische Regierung – auch der zuständige Staatssekretär Theo Francken (N-VA) – verfolgt eine im EU-Vergleich moderate Linie, die auf Solidarität setzt und sich um die adäquate Unterbringung der Flüchtlinge müht. Gleichzeitig will die belgische Regierung die Grenzen stärken und auch abschrecken: So lancierte sie in den sozialen Medien eine Kampagne, um irakische Migranten, die wenig Chancen auf die Anerkennung eines Flüchtlingsstatus haben, von der Reise nach Belgien abzuhalten.

Die CD&V liegt recht nah an der deutschen Position. Im Gegensatz zur französischsprachigen EVP-Schwesterpartei CDH unterstützte die CD&V das beim EVP-Kongress in Madrid verabschiedete Papier zur Flüchtlingspolitik.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

Oktober 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Damit positionierte sie sich gegen den Parteivorsitzenden des Koalitionspartners N-VA, Bart de Wever, der sich in den letzten Wochen – anders als seine Kabinettsminister – als Scharfmacher gegen Asylsuchende und Zuwanderer gibt.

#### Stimmung in der Koalition

Meinungsverschiedenheiten über die Tragweite von Reformvorhaben sorgten in der Koalition immer wieder für Verstimmungen. Allerdings nicht – wie vielfach erwartet – zwischen den flämischen Parteien und dem MR, sondern innerhalb des flämischen Kollegiums, und dort speziell zwischen den ehemaligen Wahlbündnis-Partnern N-VA und CD&V: Hier gab es wiederholt Differenzen über die sozioökonomische Ausrichtung und die Innenpolitik.

Die Divergenzen zwischen den drei flämischen Koalitionspartnern entkräften auch die Behauptung der N-VA, Differenzen über den politischen Kurs des Landes in den vergangenen Jahrzehnten seien in erster Linie den frankophonen Parteien anzulasten.

Die Zusammenarbeit zwischen französisch- und niederländisch-sprachigen Parteien verläuft bislang verhältnismäßig unproblematisch. Grund: Diese Regierung konzentriert sich in erster Linie auf sozioökonomische Reformen; eine Verhandlung über eine neue Staatsreform steht nicht an. Mithin kommen die Differenzen über die (territoriale) Zukunft Belgiens bislang nicht oder kaum zum Tragen. Einzige Ausnahme: Die Streitigkeiten um die Nominierung des Bürgermeisters in der zu Flandern gehörenden aber überwiegend französischsprachigen Gemeinde Linkebeek. Dieser Vorfall zeigt aber auch, dass die Diskussion über die Zukunft des Landes nach der letzten Staatsreform nicht überstanden, sondern nur vertagt ist.

#### Rückhalt in der Gesellschaft

Die Beliebtheit der Regierung ist durchschnittlich: Auf einer Skala von 1-10 erhielt das Kabinett Michel im September bei einer landesweiten Umfrage die Note 5,1. Die Bewertung in Flandern (5,5) ist dabei positiver als in der politisch eher linksorientier-

ten Wallonie (4,3). Alle an der Regierungskoalition beteiligten Parteien mussten in den meisten Umfragen des letzten Jahres leichte Verluste hinnehmen: Am stärksten verliert die N-VA, die nun bei 27-30% liegt (Wahlergebnis: 32,4%). Auch die Open Vld (13-16%; Wahlergebnis: 15,6%) der MR (24-25,5%, Wahlergebnis: 25,8%), und die Christdemokraten (16-18%; Wahlergebnis: 18,5%) liegen in den meisten Umfragen leicht unter ihren Wahlergebnissen. Diese Abweichungen sind allerdings für Regierungsparteien in Belgien nicht ungewöhnlich und im Rahmen des Üblichen. Von einem Absturz einer Regierungspartei kann vorerst keine Rede sein.

Die wallonischen Sozialisten, selbst jahrelange Regierungspartei und nach wie vor stärkste Partei des südlichen Landesteils, haben noch Schwierigkeiten, sich an den Machtverlust auf föderaler Ebene zu gewöhnen. Insbesondere in den ersten Wochen fielen sie durch deplatzierte Parolen gegen die Regierung (u. A. Gleichsetzung mit faschistischen Bewegungen) auf. In den Umfragen kann die PS bislang jedenfalls nicht nachhaltig von ihrer Oppositionsrolle auf föderaler Ebene profitieren. Hingegen ist ihr nach ihrer Regierungszeit zu ihrer Linken mit der kommunistisch orientierten PTB ein Konkurrent erwachsen.

Wie erwartet schwierig gestaltet sich das Verhältnis der Regierung zu den in Belgien mächtigen und privilegierten Gewerkschaften. Bislang sind diese – wohl nicht zuletzt vor dem Hintergrund der 2016 anstehenden Gewerkschaftswahlen – kaum auf Kompromissangebote der Regierung eingegangen. Auch die wesentliche Abschwächung einiger Reformvorhaben führte nicht zu einem Ende ihrer Blockadehaltung. Entsprechend überzogen sie anlässlich des einjährigen Jubiläums der Regierung Michel das Land erneut mit einer Streikwelle, gekrönt von einer Großdemonstration in Brüssel, die rund 100 000 Teilnehmer mobilisierte. Lange konnten sich die Gewerkschaften auf einen verhältnismäßig soliden Rückhalt in der Bevölkerung berufen, doch inzwischen wächst die Zahl derer, die der Verweigerungshaltung überdrüssig sind. Für Unverständnis sorgte auch die uneinsichtige Reaktion der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

Oktober 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

starken kommunistischen Gewerkschaft FGTB, nachdem eine Straßenblockade im Raum Lüttich einen Notarzt daran hinderte, rechtzeitig zu einer lebensgefährlich verletzten Patientin zu gelangen.

Vor diesem Hintergrund mehren sich auch in Belgien die Rufe nach einer Begrenzung der privilegierten Stellung der Gewerkschaften. Insbesondere die N-VA, unterstützt von MR und Open Vld, drängt nun beispielsweise darauf, den Gewerkschaften Rechtspersönlichkeit zu verleihen, damit jene sich nicht wie bislang der Haftung für im Rahmen von Streiks verursachten Sach- oder Personenschäden entziehen können.

#### **N-VA als Regierungspartei**

Der Höhenflug der N-VA in den Umfragen ist durch die Regierungsbeteiligung vorerst gestoppt. Sie bleibt dennoch die mit Abstand stärkste Partei in Flandern. Die Partei vollführt derzeit einen schwierigen Spagat: Zum einen will sie sich in den Augen liberal-konservativer Wählerschichten als Regierungspartei bewähren. Zum anderen versucht sie – insbesondere durch populistische Forderungen des Parteivorsitzenden de Wever – die von der rechtsextremen Vlaams Belang gewonnenen Wähler zu bedienen. Ein Teil jener Wähler scheint sich jedoch wieder dem Belang zuzuwenden, der zuletzt wieder in den Umfragen zulegen. Wie stark dieser Trend sein wird, hängt auch von der Handhabung der Flüchtlingsströme durch die Regierung ab.

Auffällig: Parteivorsitzender Bart de Wever ist nach wie vor das Zugpferd und die dominante Persönlichkeit der N-VA. Durch die Regierungsbeteiligung haben aber auch andere Personen an Profil gewonnen, wie die Ministerpräsidentin von Flandern, Liesbeth Homans, Vize-Premier Jan Jambon oder der Staatssekretär für Asyl und Zuwanderung Theo Francken. Demgegenüber hat der polarisierende de Wever leicht an Zustimmung verloren und ist nicht mehr der beliebteste Politiker Flanderns.

Die Partei versucht weiterhin, sich als große liberal-konservative Volkspartei zu etablieren. Das – wie Parteivorsitzende Bart de

Wever es einmal ausdrückte – „Verdampfen“ Belgiens bzw. die Schaffung eines unabhängigen Flanderns bleibt aber das langfristige Ziel der Partei.

#### **Lage der Christdemokraten**

Die flämischen Christdemokraten haben es in dieser Regierung nicht leicht: Zunächst ist es für die Partei ungewohnt, weder in Flandern noch auf föderaler Ebene den Regierungschef zu stellen. Anders als in den Vorjahren ist die Partei auch nicht mehr das ausgleichende Zentrum einer Regierung zwischen Sozialisten auf der einen und Liberalen auf der anderen Seite. Vielmehr sieht sie sich oft bei sozioökonomischen Fragen drei wirtschaftsliberalen Parteien gegenüber. Innerparteilich wird die CD&V vor allem von ihrem starken Arbeitnehmerflügel unter Druck gesetzt. Die schwierige Position der Partei zeigt sich auch bei den gemischten Reaktionen innerhalb der Partei auf die Steuerreform, die eigentlich auf viele CD&V-Forderungen eingeht.

Zudem haben die beiden CD&V-Minister keine einfachen Portfolios: Vize Premier Kris Peeters (Soziales und Beschäftigung) muss den schwierigen Dialog mit den Gewerkschaften führen. Auch die Reform der Justiz (Minister Koen Geens) ist eine Großbaustelle.

Dass die CD&V sich in dieser Position wiederfindet, hat sie auch der EVP-Schwesterpartei CDH zu verdanken, die sich trotz größter Bemühungen des CD&V-Parteivorsitzenden Wouter Beke geweigert hatte, an Regierungsverhandlungen mit der N-VA überhaupt nur teilzunehmen. Diese Verweigerungshaltung brachte den CD&V in die unkomfortable Situation, das alleinige „soziale Gewissen der Regierung“ zu sein. Das Verhältnis zur CDH bleibt daher eher kühl. Nachdem der CDH unter seinem Vorsitzenden Benoît Lutgen lange eine Politik der Äquidistanz zu MR und Sozialisten pflegte, orientiert sich die Partei durch die Regierungskoalition mit der PS in der Wallonie und in der Region Brüssel wieder etwas mehr am Mitte-Links-Kurs der früheren Parteivorsitzenden Joelle Milquet.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

Oktober 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Bemerkenswert: Die CD&V bekundete in den vergangenen Monaten ein verstärktes Interesse an engeren Beziehungen mit den niederländischen Christdemokraten und mit der CDU – Interesse gibt es insbesondere an einem engeren Austausch zur Europa-Wirtschafts-, Integrations- und Asylpolitik aber auch beim Thema Energiewende.

#### **Ausblick**

Die Regierung steht vor großen Herausforderungen, sowohl bei den noch ausstehenden sozioökonomischen Reformen als auch bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme. Weitere Differenzen insbesondere zwischen N-VA und CD&V sind dabei zu erwarten.

Dennoch ist innerhalb der Koalition allen Regierungsparteien daran gelegen, über die gesamte Legislaturperiode zu regieren und den von der Mehrheit der belgischen Wähler erteilten Reformauftrag umzusetzen.

Die Frage einer erneuten Staatsreform und einer Neuverteilung der Kompetenzen zwischen föderaler und regionaler Ebene stehen auch für das kommende Jahr nicht auf der Agenda. Spätestens bei den nächsten Wahlen 2019 wird die N-VA aber wohl wieder auf eine Staatsreform drängen. Derzeit gibt es bei den übrigen flämischen Parteien nach den langwierigen Verhandlungen über die letzte Staatsreform wenig Enthusiasmus für ein solches Vorhaben.